

DIHK-ENERGIEWENDEBAROMETER

2026

UMFRAGE 2026

Ergebnisse aus Baden-Württemberg

September 2026

BWIIHK | Federführung Energie, IHK Ulm

Allgemeine Angaben

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, jährlich eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten. Die Befragung wurde seit 2012 zum 15. Mal durchgeführt.

Der Zeitraum der Befragung 2026 erstreckte sich vom 8. bis 26. Juni 2026. Deutschlandweit haben 3.085 Unternehmen auf die Befragung geantwortet, in Baden-Württemberg waren es 489 Unternehmen. 224 Industrie-Unternehmen haben aus Baden-Württemberg geantwortet.

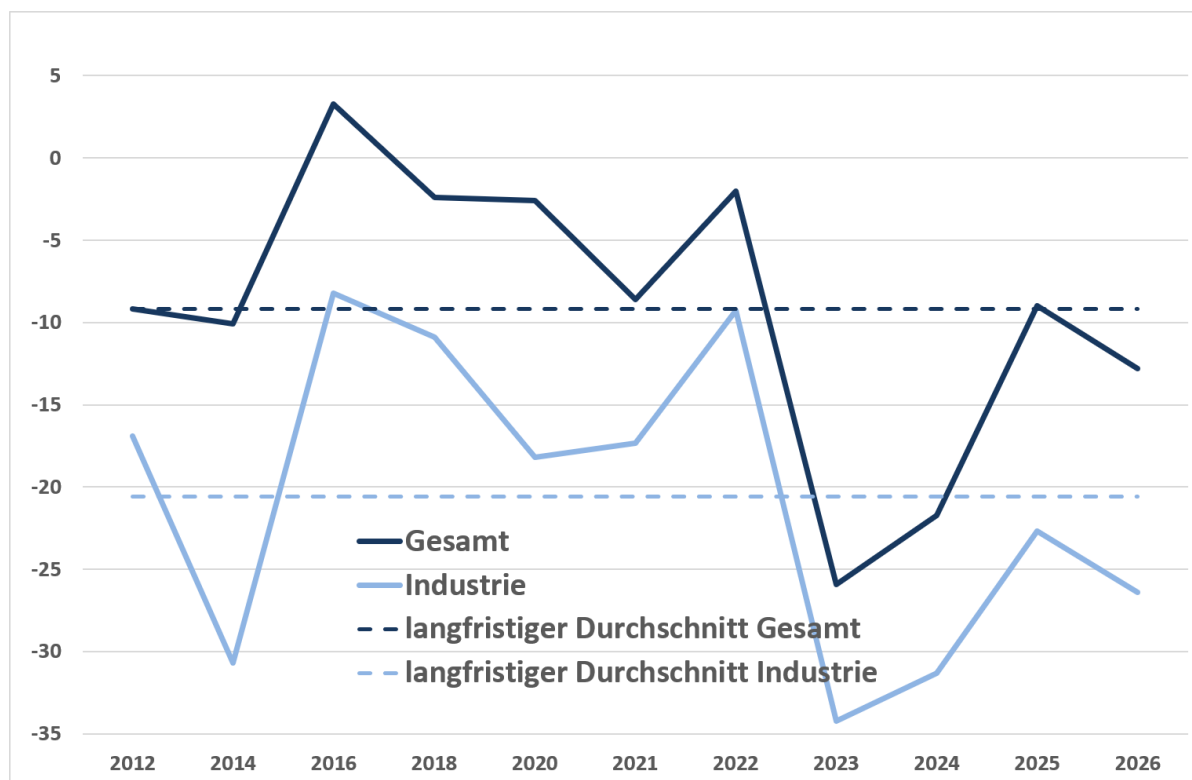
Eine Auswertung der bundesweiten Befragungsergebnisse ist unter [Energiewende-Barometer 2026: Energiekosten als Standort-Risiko](#) zu finden. Das folgende Dokument stellt die Auswertung der Ergebnisse für Baden-Württemberg dar.

Das Wichtigste in Kürze

- **Skepsis in den Unternehmen nimmt zu:**
Die Wirtschaft in Baden-Württemberg sieht nach wie vor deutlich mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende. Auf einer Skala zu den Auswirkungen von minus 100 für "sehr negativ" bis plus 100 für "sehr positiv" ergibt sich im aktuellen Energiewende-Barometer ein Wert von minus 13 und für Industrieunternehmen von Minus 26. Zudem hat die Skepsis nach zwei Jahren der Erholung sogar wieder zugenommen.
- **Energiekosten sind ein Standortproblem:**
Nach wie vor liegen die Preise für Gas und Strom höher als das Vorkrisenniveau. Die Energiepreise verbleiben zudem auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Die hohen Energiepreise drücken dabei auch auf die Investitionsfähigkeit. So geben gut drei von zehn Unternehmen an, Investitionen in wichtige Kernprozesse zurückzustellen. Ein Viertel kann sich nach eigenen Angaben mit weniger Mitteln im Klimaschutz engagieren. In der Industrie fallen die Werte teils spürbar höher aus.
- **Immer häufiger Verlagerungen ins Ausland:**
Etwa jedes fünfte Unternehmen in Baden-Württemberg erwägt mittlerweile die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Etwa 13 Prozent der Unternehmen haben eine solche Maßnahme inzwischen bereits realisiert oder in Umsetzung. Besonders betroffen sind große Industriebetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten.
- **Unternehmen leisten wichtige Beiträge, halten eigene Klimaneutralität bis 2045 aber vielfach für wenig realistisch:**
Die Unternehmen optimieren seit Jahren ihre Energieversorgung und den Energieverbrauch – insbesondere durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Aber: Die Zahl an Betrieben, die erwarten bis spätestens 2045 klimaneutral sein zu können, ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen markant zurückgegangen.
- **Fehlende Planbarkeit und Bürokratie hemmen Transformation:**
Zu viel Bürokratie sind aus Sicht von 66 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen das größte Hemmnis für mehr betriebliche Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Die Betriebe sehen sich mit zahlreichen Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis kaum umsetzbar sind. Hinzu kommen fehlende Informationen bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit der Energiepolitik (62 Prozent) sowie langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren (49 Prozent). Beide Werte haben gegenüber der Umfrage von 2025 wieder zugenommen.
- **Die Politik muss schnell und entschlossen handeln:**
Die Haupthemmnisse für unternehmerische Transformationsbemühungen liegen nach wie vor in Handlungsfeldern, die von der Politik direkt geändert werden könnten. Das muss nun auch endlich geschehen! Nach Auffassung der Wirtschaft gibt es zudem auch bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Energiewende noch einiges zu tun. Insbesondere beim Ausbau der Energieinfrastruktur.

Energiewende-Barometer: Skepsis in den Unternehmen nimmt zu

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



Beurteilung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Berechnung der Barometerwerte erfolgt anhand der Skala -100 (sehr negativ), -50 (negativ), 0 (neutral), +50 (positiv), +100 (sehr positiv) und ist das gewichtete Mittel daraus.

	2012	2014	2016	2018	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Gesamt	-9,2	-10,1	3,3	-2,4	-2,6	-8,6	-2,0	-25,9	-21,7	-9,0	-12,8
Industrie	-16,9	-30,7	-8,2	-10,9	-18,2	-17,3	-9,3	-34,2	-31,3	-22,7	-26,4

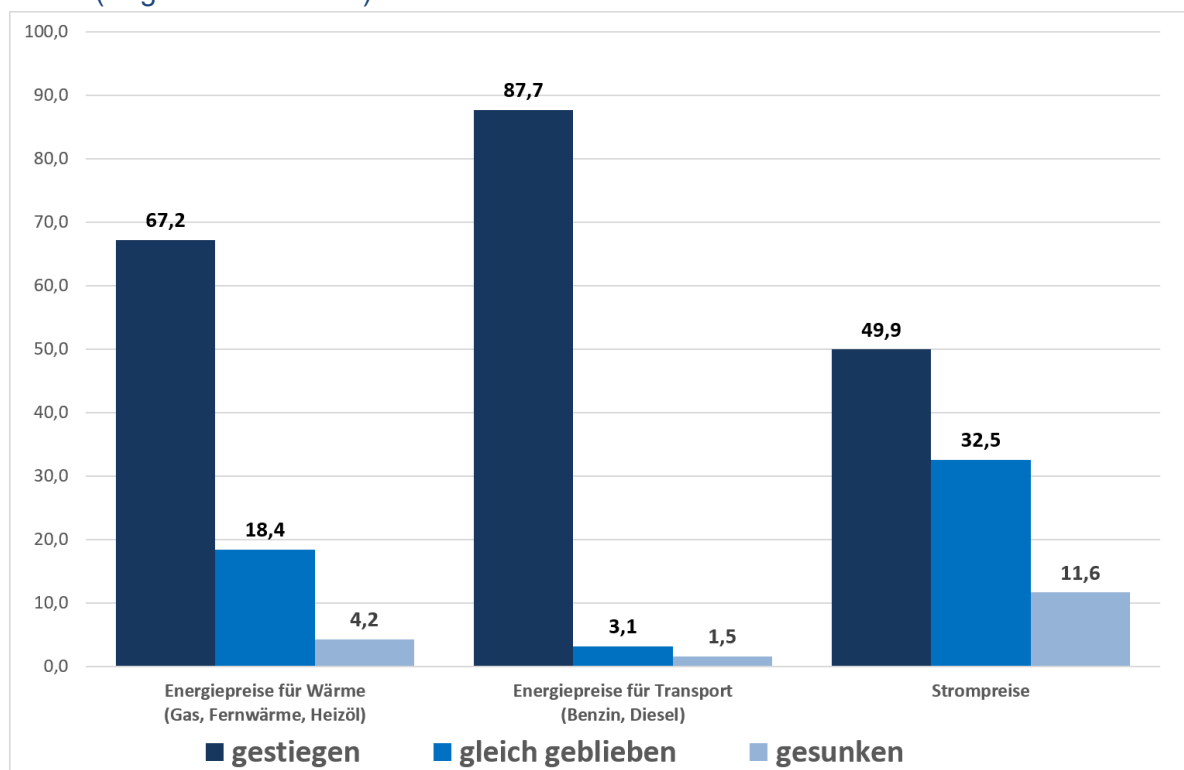
Die zentrale Frage des Energiewende-Barometers lautet: "Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?" Auf einer Skala von minus 100 für "sehr negativ" bis plus 100 für "sehr positiv" ergibt sich aktuell über alle Branchen hinweg ein Wert von minus 13. Damit fällt die Sicht auf die Energiewende nach zwei Jahren der Erholung wieder skeptischer aus.

Im industriestarken Baden-Württemberg fällt die Bilanz zur Energiewende zudem insgesamt noch etwas negativer aus als bundesweit (Wert von -11,5). Auch bleibt die Industrie in

Baden-Württemberg - ebenso wie die Industrie bundesweit - bei ihrer noch deutlicher pessimistischen Bewertung (Wert von -26). Lediglich jeder sechste Industriebetrieb sieht positive Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Gerade mit Blick auf die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist das alarmierend.

Energiekosten sind ein Standortproblem

Wie haben sich Ihre Strom- und Energiepreise in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt? (Angaben in Prozent)



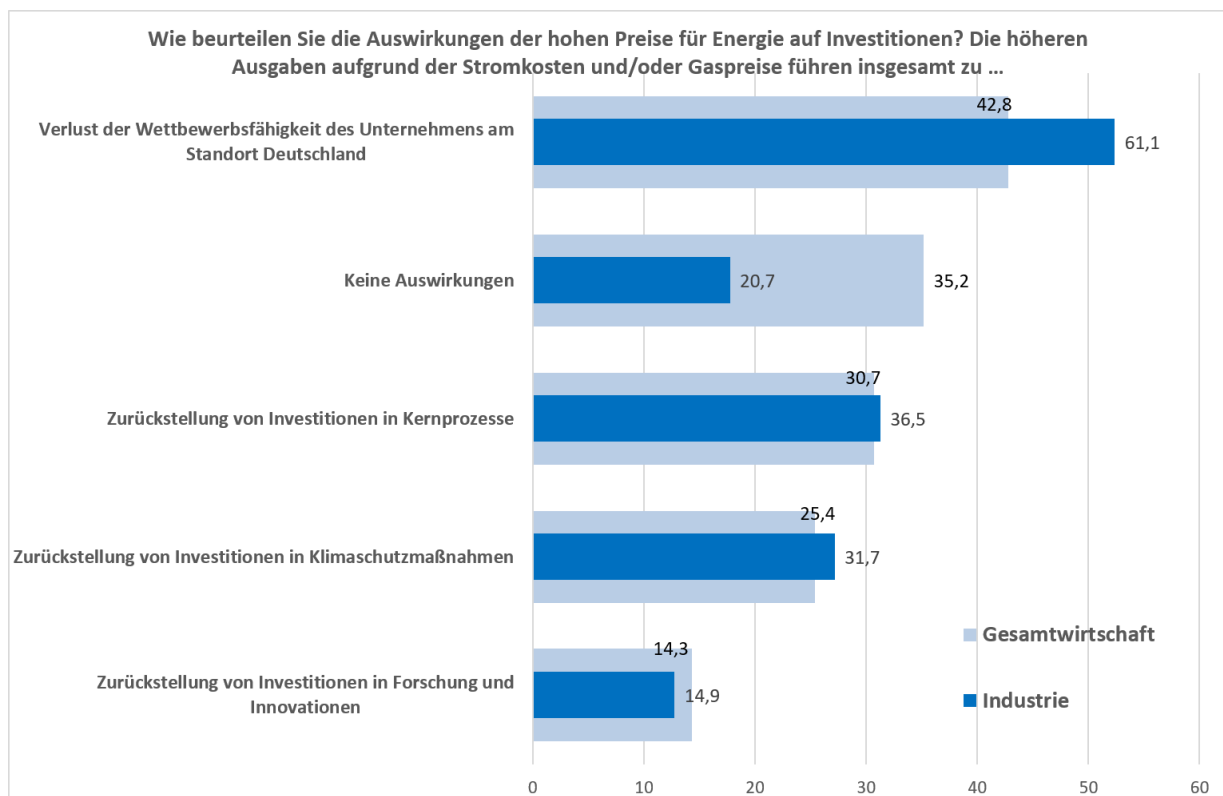
Für das Gros der Unternehmen in Baden-Württemberg sind die Energie- und Strompreise in den vergangenen zwölf Monaten gestiegen. Zusätzlich fällt ins Gewicht, dass die Energiepreise bei einigen auf dem hohen Vorjahresniveau geblieben sind.

Tatsächlich sind nach Höchstpreisen in der akuten Phase der Energiekrise und einer deutlichen Entspannung Anfang 2024 die Börsenpreise für Strom und Gas wieder zum Teil angestiegen. Durch die globalen Konflikte kommt hinzu, dass teils starke Schwankungen in den Preisen auftreten – für mehr als die Hälfte der Unternehmen ist die Bedeutung von Energiepreisschwankungen auf das eigene Geschäft in den letzten 12 Monaten auch gestiegen. Darüber hinaus werden die individuellen Beschaffungskosten durch einen hohen Anteil staatlich induzierter zusätzlicher Preisbestandteile determiniert, insbesondere für Strom. Und auch diese Bestandteile sind im Wesentlichen durch einen Anstieg geprägt, sei es bei den

Netznutzungsentgelten – hier gerade auch bei Gas –, den netzbezogenen Umlagen oder bei den CO₂-Preisen im Emissionshandel.

Nach wie vor liegen die längerfristigen Preise für Gas und Strom damit höher als das Vorkrisenniveau. Die Energiepreise verbleiben auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen? Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/ oder Gaspreise führen insgesamt zu ... (Angaben in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Hohe Energiepreise belasten die Investitionsfähigkeit und Wettbewerbsposition vieler Unternehmen erheblich. Insgesamt sehen mehr als vier von zehn der Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland gefährdet; in der Industrie steigt dieser Anteil sogar auf 61 Prozent. Nur 35 Prozent der Unternehmen berichten von keinen Auswirkungen – in der Industrie sind es mit 21 Prozent deutlich weniger.

Zugleich werden Investitionen zurückgestellt: mehr als drei von zehn Unternehmen verschieben Ausgaben für Kernprozesse, in der Industrie sind es über 36 Prozent. Auch Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen werden bei gut einem Viertel der Betriebe aufgeschoben; im Industriesektor betrifft dies 32 Prozent. Bei Forschung und Innovation liegen die Anteile bei 14 Prozent insgesamt und 15 Prozent in der Industrie.

Diese Entwicklung ist kritisch, weil gerade Investitionen in betriebliche Kernprozesse, Klimaschutz sowie Forschung und Innovation entscheidend für die langfristige Zukunftsfähigkeit von Unternehmen sind.

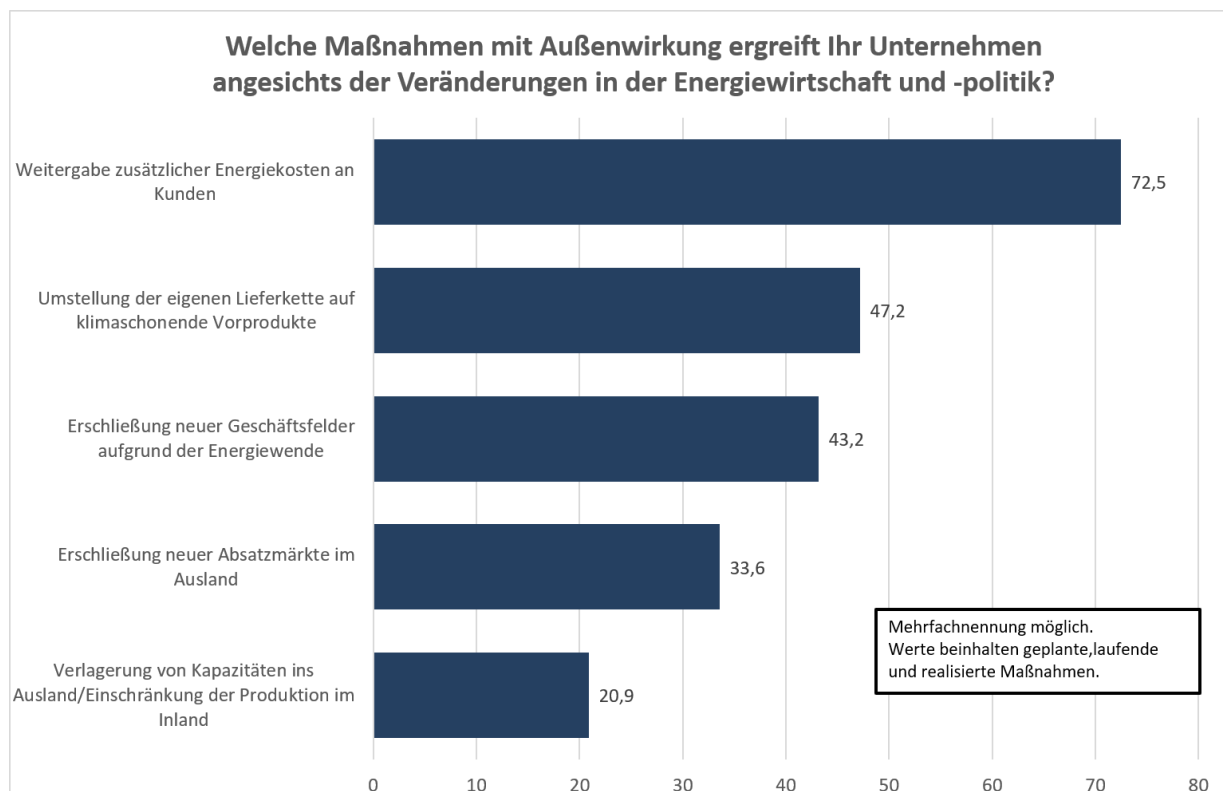
Gleichzeitig decken sich die Ergebnisse mit den Befunden der IHK-Konjunkturumfrage für Baden-Württemberg. Dort liegt das Investitionsklima für Inlandsinvestitionen seit geraumer Zeit am Boden. Und wenn Unternehmen hierzulande investieren, dann vor allem in Ersatzinvestitionen. Zudem nannten in der Umfrage von Frühsommer 2026 rund 60 Prozent der Betriebe Energie- und Rohstoffpreise als zentrales Geschäftsrisiko.

Die Ergebnisse unterstreichen daher, wie wichtig wirksame Entlastungen bei den Energiekosten sind, damit notwendige Transformations- und Zukunftsinvestitionen nicht ausbleiben.

Immer häufiger Verlagerungen ins Ausland

Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?

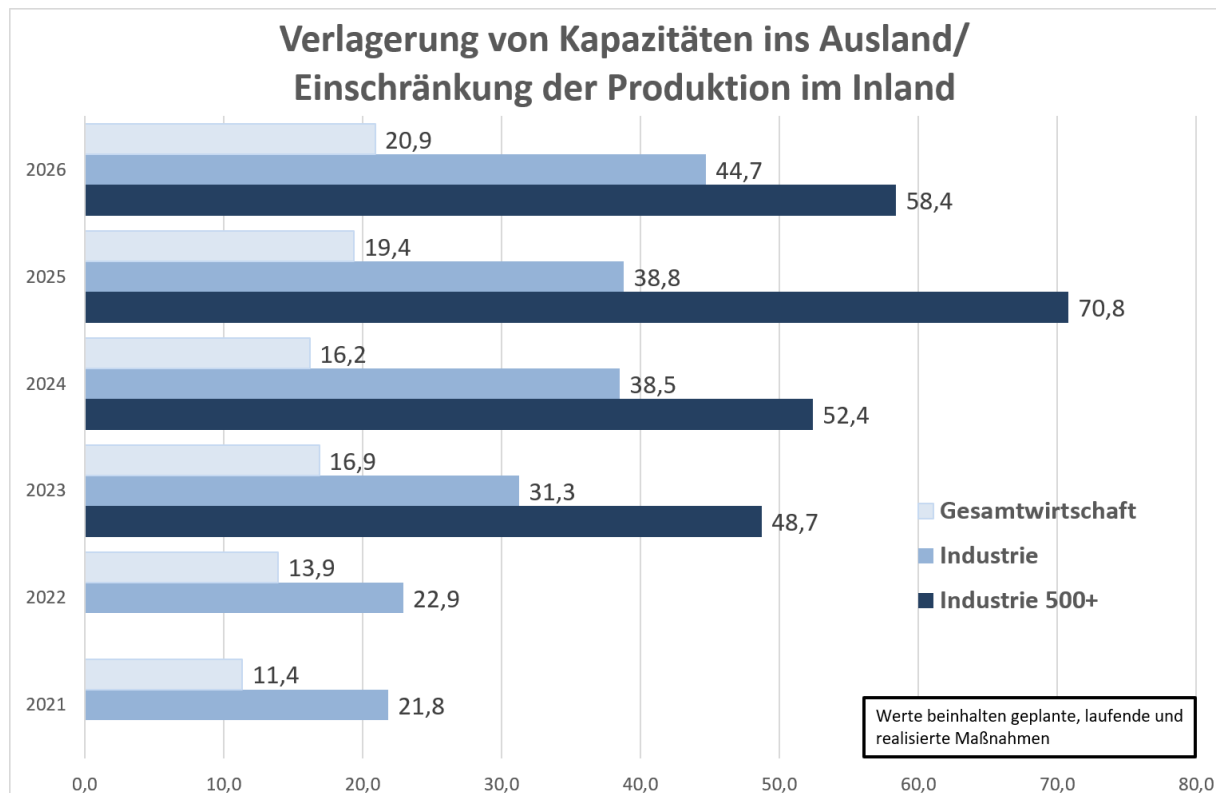
(Angaben in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Die Entwicklungen in der Energiewirtschaft und -politik führen auch zu Maßnahmen mit Außenwirkung bei den Unternehmen. Dabei sind die Weitergabe zusätzlicher Energiekosten an Kunden (73 Prozent), die Erschließung neuer Geschäftsfelder aufgrund der Energie-

wende (43 Prozent) und die Umstellung der eigenen Lieferkette auf klimaschonende Vorprodukte (47 Prozent) die am häufigsten bereits umgesetzten, laufenden oder geplanten Maßnahmen.

Maßnahmen mit Außenwirkung: Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland (Angaben in Prozent)



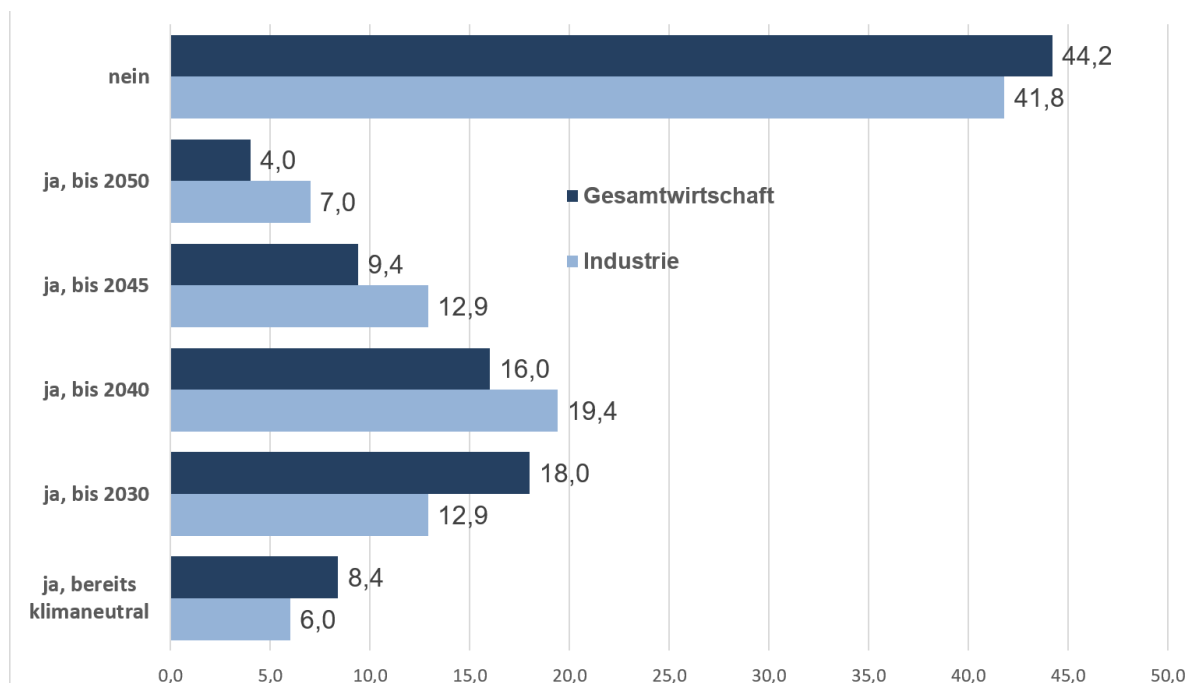
Für immer mehr Unternehmen ist zudem die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. die Einschränkung der Produktion im Inland das Mittel der Wahl. Über alle Betriebe hinweg denkt fast jedes fünfte Unternehmen daran. Etwa 13 Prozent der Unternehmen haben eine solche Maßnahme inzwischen bereits realisiert oder in Umsetzung. Und in der Industrie - gerade den Industriebetrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten - liegen die Anteile sogar noch erheblich höher. Insgesamt nehmen die Werte seit Jahren zu - eben auch bei den bereits laufenden oder sogar schon umgesetzten Maßnahmen. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die energiepolitischen Standortbedingungen immer mehr zum Wettbewerbsnachteil werden und dringen angepasst werden müssen.

Unternehmen leisten wichtige Beiträge, halten eigene Klimaneutralität bis 2045 aber vielfach für wenig realistisch

Den Unternehmen kommt zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität zweifelsfrei eine Schlüsselrolle zu. Und die Wirtschaft in Baden-Württemberg arbeitet alleine schon angesichts der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Entwicklung an der Optimierung ihrer Energieversorgung und ihres Energieverbrauchs. Die Steigerung der Energieeffizienz bleibt dabei die wichtigste Maßnahme, die eine große Mehrheit der baden-württembergischen Betriebe bereits umgesetzt hat oder nun realisiert (67 Prozent). Aber auch der Aufbau eigener Energieerzeugungskapazitäten spielt bei vielen Betrieben eine bedeutsame Rolle (46 Prozent).

Darüber hinaus beschäftigen sich die Betriebe in Baden-Württemberg auch zahlreich und in steigendem Maße mit dem Umbau ihrer Wärmeversorgung. Immerhin gut sechs von zehn Betrieben befassen sich mit einem Wechsel auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger oder einen strombasierten Prozess in Form einer Wärmepumpe. Etwa vier von zehn Betrieben bemühen sich zudem um die Nutzung von Abwärme.

Hat sich Ihr Unternehmen zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden?
(Angaben in Prozent)

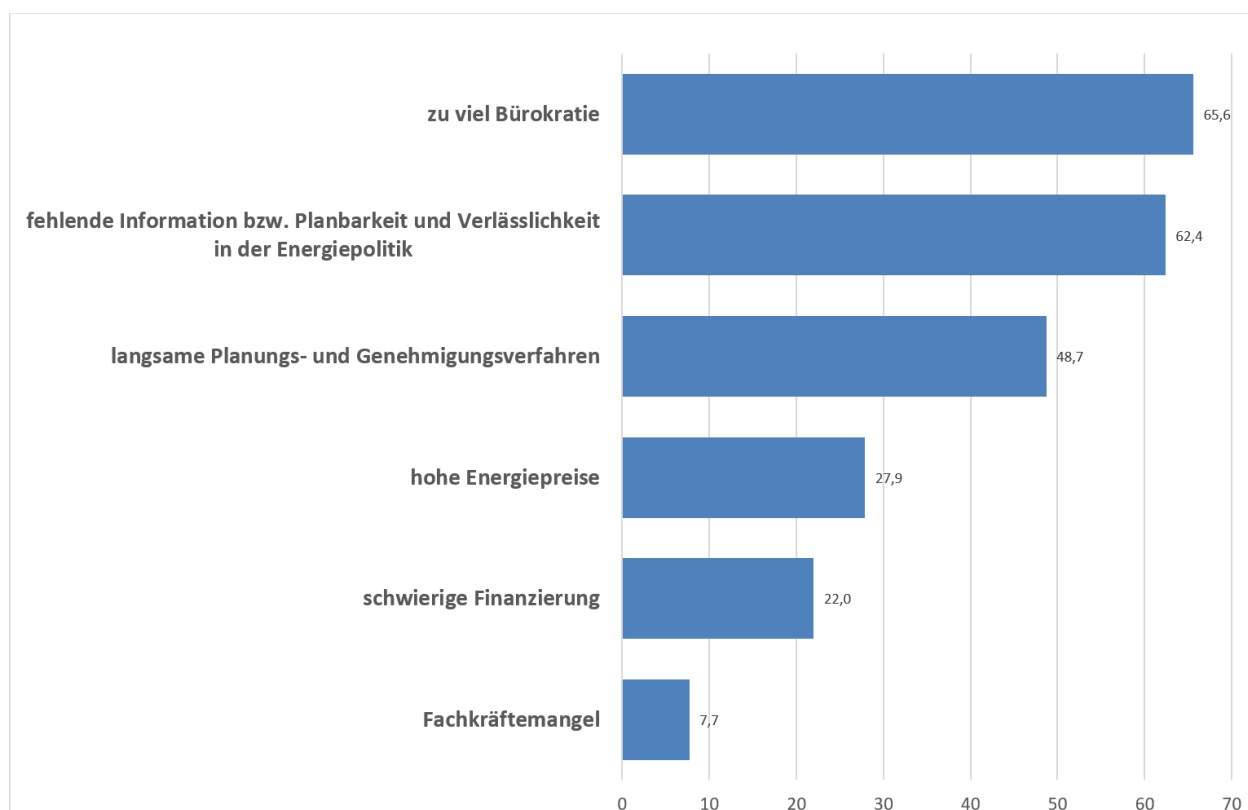


Letztlich sind zahlreiche Unternehmen auch auf dem Weg Richtung betriebliche Klimaneutralität. Gut 8 Prozent haben diese bereits erreicht. Im Gros ist allerdings festzuhalten, dass die Zahl an Betrieben, die erwarten bis spätestens 2045 klimaneutral sein zu können, von 80 Prozent in 2025 auf 43 Prozent in 2026 markant zurückgegangen ist. Gleichzeitig ging der

Anteil an Unternehmen, die sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen gar kein Ziel (mehr) gesetzt haben, sprunghaft von 12 auf 44 Prozent nach oben.

Fehlende Planbarkeit und Bürokratie hemmen Transformation

Was sind die größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz? (Angaben nun Prozent, Mehrfachantworten möglich)

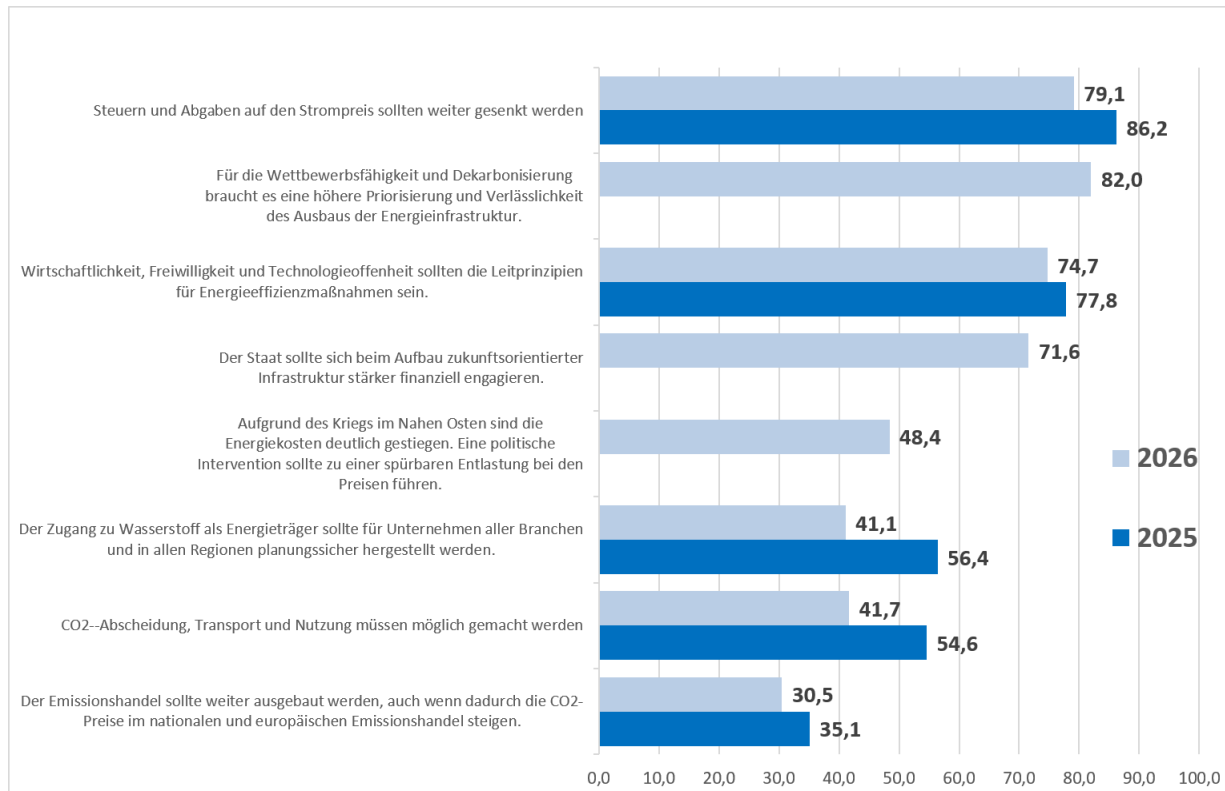


Auf der Suche nach möglichen Ursachen für die Skepsis zahlreicher Betriebe bezüglich der eigenen Klimaneutralität bis 2045, lassen sich folgende Punkte festhalten: Zu viel Bürokratie sind aus Sicht von 66 Prozent der baden-württembergischen Unternehmen das größte Hemmnis für mehr und schnellere betriebliche Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Damit verharrt das Ergebnis im Bereich der Werte von 2025 nach einem starken Anstieg gegenüber 2024. Die Betriebe sehen sich mit zahlreichen Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis kaum umsetzbar sind. Hinzu kommen fehlende Informationen bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit der Energiepolitik (62 Prozent) sowie nach wie vor zu langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren (48 Prozent). Beide Werte haben gegenüber der Umfrage von 2025 wieder zugenommen. Bei Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten kommen zudem zunehmende Schwierigkeiten bei der Finanzierung bzw. fehlendes Kapital hinzu.

Zusammengefasst werden mit den Themen Bürokratie, fehlender Verlässlichkeit und Problemen bei Genehmigungsverfahren solche Handlungsfelder als Haupthemmnis genannt, die von der Politik direkt und angesprochen werden können und müssen.

Die Politik muss schnell und entschlossen handeln!

Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten? "Ich stimme voll zu" + "Ich stimme eher zu" (Antworten in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Nach Auffassung der Unternehmen gibt es bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Energiewende nach wie vor einiges zu tun, insbesondere beim Ausbau der Energie-Infrastruktur. Die wichtigsten Maßnahmen aus Sicht der Unternehmer sind: Senkung der Steuern und Abgaben (79%), Ausbau der Energieinfrastruktur (82%), Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als Leitprinzip (75%), sowie ein stärkeres Engagement des Staates in die Finanzierung der Infrastruktur (72%).